

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 23. November 2009

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel
Stadträtin Schwarz
Stadträtin Zethner
Stadtrat Feyh
Stadtrat Gernhart
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Petermann
Stadtrat Jens Marco Scherf
Stadtrat Siebentritt (für SR Oettinger)
Stadtrat Wetzel
VOAR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.35 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Umsetzung der Krippencontainer aus der KiTA „Rasselbände“

Im Zuge der anstehenden Baumaßnahmen zur Erweiterung der Kindertagesstätte „Rasselbände“ müssen die in den vergangenen Jahren zur Unterbringung einer Krippengruppe genutzten Container umgesetzt werden. Nach Auffassung der Verwaltung ist ein Standort zu wählen, der eine weitere Nutzung nach den notwendigen Sanierungsmaßnahmen ermöglicht. Eine provisorische Zwischenlagerung wird sowohl wegen der dann nochmals anfallenden Umsetzungskosten und der nachteiligen Auswirkungen auf den baulichen Zustand nicht als vorteilhaft angesehen.

Die Verwaltung hat deshalb die Aufstellung der Containeranlage auf dem Rollschuhplatz vorgeschlagen. Dort sind die erforderlichen Anschlußleitungen Wasser und Kanal ebenso vorhanden wie ein stabiler Untergrund. Die Anlage könnte als Ausweichquartier für eine Gruppe genutzt werden, wenn die Kindertagesstätte „Kleine Strolche“ generalsaniert wird. Denkbar wäre es, dann zwei weitere Gruppen in der Volksschule und die vierte Gruppe erneut im Vereinshaus unterzubringen, wobei jedoch die Auswirkungen auf die Ablauforganisation in der Kindertagesstätte zu berücksichtigen sind.

In diesem Zusammenhang informierte Bgm. Dotzel den Ausschuß, daß der FSV einen vollständigen Umzug in das neue Sportgelände Reifenberg beabsichtigt und der Stadt mit Schreiben vom 17.11.2009 die Nutzung des Sportheims als Jugendtreff ab Herbst 2010 angeboten hat. Es wurde vereinbart, daß in den nächsten Monaten eine umfassende Konzeption für eine dann denkbare offene Jugendarbeit erstellt wird, die auch Aussagen zum Personalbedarf enthält. In den nächsten Monaten soll eine Begehung des Sportheims durchgeführt werden.

Während der Beratung wurden verschiedene Alternativen zum Standortvorschlag der Verwaltung für die Container (Zwischenlagerung am Bahnhof, Veräußerung) erörtert.

Grundsätzlich bestand Übereinstimmung, daß Vorkehrungen gegen eine Beschädigung der Container getroffen werden müssen.

Nach intensiver Beratung beschloß der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales mit 9:1 Stimmen, die Containeranlage auf den Rollschuhplatz umzusetzen und mit einem Bauzaun einzufrieden. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Kosten der Sanierung der Anlage zu ermitteln und dem Bau- und Umweltausschuß vorzustellen.

2. Einführung der Mittelschule in Bayern

Die Bayerische Staatsregierung hat in den letzten Wochen ihre Konzeption für die Weiterentwicklung der Hauptschule zur „Mittelschule“ vorgestellt. Der sowohl aufgrund demographischer Entwicklungen als auch der mangelnden Attraktivität der Hauptschulen festzustellende und

weiter zu erwartende Schülerschwund gefährdet etliche Schulen in ihrem Bestand und macht ein Gegensteuern unumgänglich.

Das Konzept sieht folgende Merkmale der neuen Mittelschule vor:

- Individualisierung durch Modulare Förderung
- Ausbildungsreife durch Berufsorientierung
- Ganztageschule
- Möglichkeit des Mittelschulabschlusses
- Beibehaltung des Klassenlehrerprinzips

In den Jahrgangsstufen 7 bis 10 ist eine Aufteilung in drei Zweige (Technik, Wirtschaft, Soziales) vorgesehen. Dies hat zur Folge, daß kleinere Schulen die entsprechenden Angebote in Kooperation erbringen müssen. Dazu haben die Städte Wörth, Klingenberg und Erlenbach durch ihre Kooperationsvereinbarung bereits entscheidende Grundlagen gelegt.

Als Problem könnte sich der notwendige Schülertransport zwischen den Schulstandorten erweisen, wobei aber die relativ geringen Entfernungen vorteilhaft sind. Der Bayerische Gemeindetag hat deshalb eine finanzielle Unterstützung der Gemeinden durch den Freistaat gefordert und in diesem Zusammenhang auch ein einheitliches und durchgängiges Bildungskonzept unter Federführung eines Fachministeriums angemahnt.

Stadtrat Jens Marco Scherf wies auf die Bedeutung der Haupt-/Mittelschule insbesondere für die Wirtschaft hin und äußerte die Vermutung, daß ab 2014/2015 weitergehende Entwicklungen einsetzen würden, um insbesondere die Zukunft der kleineren Schulverbünde zu sichern.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales nahm von der geplanten Einführung der neuen Mittelschule Kenntnis. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit den Kooperationspartnern Erlenbach und Klingenberg rechtzeitig die weiteren Absprachen zu treffen, die für einen reibungslosen Betrieb notwendig sind.

3. Teilnahme am Projekt „Stolpersteine“

In seiner Sitzung vom 25.05.2009 hatte der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales die Teilnahme der Stadt Wörth am Projekt „Stolpersteine“ beschlossen, das an das Schicksal der im Dritten Reich deportierten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger erinnern will. Dabei hatte der Ausschuß den Wunsch geäußert, alle sechs Stolpersteine zusammengefaßt vor einem städtischen Anwesen zu verlegen.

Das Büro des Projektkünstlers Gunter Demnig hat auf entsprechende Nachfrage mitgeteilt, daß dies nicht der Zielsetzung des Projekts entspricht. Alle Steine sind vor den jeweiligen konkreten früheren Wohnungen der Betroffenen zu verlegen.

Von den sechs infragekommenden früheren Einwohnern haben vier in Gebäuden gewohnt, die mittlerweile der Stadt gehören. Das frühere Wohnhaus der Familie Stern ist mittlerweile im Besitz der Familie Leis.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales beauftragte die Verwaltung, bei der Familie Leis anzufragen, ob diese Einwendungen gegen das Verlegen der Steine vor ihrem Wohnhaus hat. Ggf. sollen nur vier Steine verlegt werden.

4. Benutzung des Schulhofs außerhalb der Unterrichtszeiten

Die Freianlagen der Volksschule werden besonders in den Sommermonaten auch nach Schluß durch Kinder und Jugendliche zum Spielen genutzt. Dies hat in der Vergangenheit zu gewissen Problemen geführt, da nicht klar war, inwieweit dies von der Stadt geduldet wird.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales war sich darin einig, daß eine Nutzung der Flächen auch außerhalb der Unterrichtszeiten erlaubt sein soll, sofern die gebotene Rücksicht auf die Belange des Hausmeisters und der Nachbarschaft gewahrt bleibt. Die Verwaltung wurde beauftragt, dies durch Aufstellung von Schildern kenntlich zu machen, die etwa folgenden Inhalt haben sollen:

„Dieser Schulhof steht Ihnen bis 20.00 Uhr offen. Bitte nehmen Sie Rücksicht auf die Nachbarschaft“

Auf Anregung von Stadtrat Wetzels soll zudem geprüft werden, ob eine Videoüberwachung der Fahrradhalle wirtschaftlich vertretbar ist.

5. Weihnachtszuwendung der Stadt für bedürftige Personen und Familien

Wie in den vergangenen Jahren will die Stadt auch heuer wieder bedürftigen Personen und Familien eine Weihnachtszuwendung in Form von Einkaufsgutscheinen zukommen lassen. Das Gesamtvolumen beträgt ca. 1.000 €. Die Federführung in der Verwaltung liegt bei Frau Breunig; die Verteilung erfolgte in den vergangenen Jahren durch Mitglieder des Stadtrats.

Der Ausschuss beauftragte die Stadträtinnen Schwarz und Zethner sowie Stadtrat Siebentritt mit der Mitwirkung bei der Verteilung der Weihnachtszuwendung. In diesem Zusammenhang sollen auch Überlegungen angestellt werden, wie sichergestellt werden kann, daß auch alle tatsächlich Bedürftigen bei der Verteilung berücksichtigt werden. Ggf. sollen auch externe Personen beteiligt werden.

6. Anfragen

Stadträtin Zethner regte an, das pädagogische Konzept der OGS im Ausschuss vorstellen zu lassen. Dies soll im Frühjahr 2010 unter Berücksichtigung der dann gesammelten Erfahrungen geschehen. Zunächst soll das schriftliche Konzept den Ausschussmitgliedern zugeleitet werden.

Wörth a. Main, den 08.01.2010

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer